

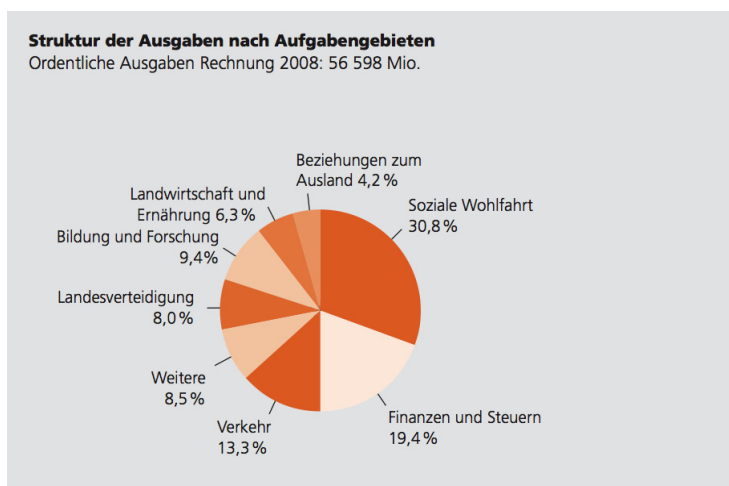
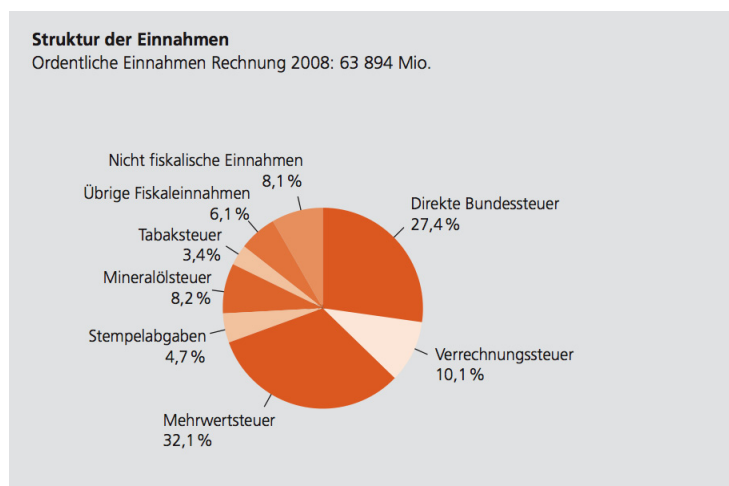
Sommersession 2009

Eine reichbefrachtete und politisch brisante Session ging am Freitag, 12. Juni mit der Bekanntgabe des Rücktritts von Bundesrat Pascal Couchepin zu Ende. Vorher richtete sich das Augenmerk unter Anderem auf die Rechnung 2008 der Eidgenossenschaft, die Handelsverträge mit der EU und den Geschäftsbericht des Bundesrates.

Rechnung des Bundes 2007

Bei Einnahmen von 63,9 Milliarden und Ausgaben von 56,6 Milliarden Franken schliesst die ordentliche Finanzrechnung des Bundes mit einem Ueberschuss von gut sieben Milliarden Franken ab. Budgetiert war ein Einnahmen-Ueberschuss von 1,1 Milliarden. Der Hauptgrund für das gute Ergebnis liegt fast ausschliesslich in der dynamischen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre. So wuchs das Bruttoinlandprodukt (BIP) im Jahr 2008 um 3.9 Prozent. Demzufolge flossen höhere Einnahmen vor allem bei der Mehrwert- und der Verrechnungssteuer in die Bundeskasse. Sie allein fielen 6 Milliarden höher aus als budgetiert. Ausgabenseitig resultierte dank guter Disziplin ein Minderaufwand von 250 Millionen Franken gegenüber dem Budget.

Das erfreuliche ordentliche Ergebnis wird massiv getrübt durch ausserordentliche Ausgaben. Dort fallen besonders die sechs Milliarden Franken für die Pflichtwandelanleihe bei der UBS ins Gewicht. Die Schulden des Bundes belaufen sich immer noch auf gut 120 Milliarden Franken. Es braucht also nach wie vor grosse Anstrengungen und eine konsequente Ausgabendisziplin, um den Bundeshaushalt im Lot zu behalten.



Agrarpolitik

Der Bundesrat hat im März beschlossen, Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich aufzunehmen. Parallel dazu steht nach wie vor der Abschluss der sog. „Doha-Runde“ innerhalb der WTO im Raum. Er würde das Fallen weltweiter Handelsschranken im Agrarsektor bewirken. Beide Abkommen hätten für die Schweizer Landwirtschaft einschneidende Folgen. Im Hinblick darauf beantragte der Bundesrat den Aufbau einer Bilanzreserve, welche bis 2016 aus Zollerträgen finanziert würde. Gesamthaft ergäben sich daraus ca. drei Milliarden Franken. Zu gegebener Zeit könnten sie zweckgebunden für Begleitmassnahmen im Agrarbereich eingesetzt werden.

Der Nationalrat führte dazu eine sehr engagierte Debatte. Mit 111 : 60 bei 13 Enthaltungen wurde beschlossen, auf die Vorlage nicht einzutreten. Die Gründe dazu waren unterschiedlicher Natur. Die SP argumentierte, es gehe nicht an, Mittel bereitzustellen, bevor über den dann zu maligen Verwendungszweck im Detail Klarheit herrsche. Und die SVP stellte sich grundsätzlich gegen ein Freihandelsabkommen, deshalb seien auch keine Mittel für Begleitmassnahmen bereitzustellen.

Man kann beiden Argumentationen sehr wohl etwas Gutes abgewinnen. Nur, die Frage stellt sich für mich anders, pragmatischer. Was passiert mit unserer Landwirtschaft, wenn das Schweizervolk tatsächlich einmal Ja sagen sollte zu einem Freihandelsabkommen mit der EU? Oder, wie bewältigen wir die Situation, wenn ein Abschluss der Doha Runde zu Stande kommt? Sind wir dann nicht froh, drei Milliarden Franken zweckgebunden zur Verfügung zu haben? Persönlich stehe ich einem Freihandelsabkommen nach wie vor sehr skeptisch gegenüber. Und trotzdem stimmte ich der Vorlage zu. Weshalb? Politische Verantwortung darf nicht an der Grenze der eigenen Meinung aufhören. Sie hat in vorausschauender Weisheit auch Szenarien mit einzubeziehen, welche nicht dem eigenen Idealbild entsprechen. Genau aus diesen Überlegungen heraus hat bspw. auch der Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, Hansjörg Walter (SVP / TG) der Vorlage zugestimmt.

Persönliche Ratsarbeit

An dieser Stelle habe ich mehrmals über die Bestrebungen berichtet, den Verwendungszweck der seit anderthalb Jahren eingeführten CO₂ Abgabe auf fossilen Brennstoffen insofern anzupassen, dass sie auch für die Förderung von Effizienzmassnahmen an der Gebäudehülle eingesetzt werden kann. In der Sommersession wurden nun die Differenzen in dieser Frage mit dem Ständerat bereinigt. Somit werden die Kantone ab 2010 einen Drittel der Abgabe (200 Millionen Franken jährlich) für die Förderung von energetisch wirksamen Massnahmen im Gebäudebereich zur Verfügung haben. Neben dem Haupteffekt - die Eindämmung der CO₂ Emissionen und die Verminderung der Auslandabhängigkeit - bietet das Programm auch eine willkommene Konjunkturstütze im Baubereich. Die Vorlage geht zurück auf eine Parlamentarische Initiative von Nationalrat Rolf Hegetschweiler (FDP / ZH). Als Präsident der zuständigen Subkommission habe ich die Vorlage vorbereitet und sowohl im Nationalrat als auch in der vorberatenden Kommission im Ständerat vertreten.

Im Herbst 2006 reichte ich eine parlamentarische Initiative ein mit der Forderung, die fünfjährige Frist für die Nichtigerklärung einer Einbürgerung auszudehnen, wenn diese durch falsche Angaben oder Verheimlichung erheblicher Tatsachen erschlichen wurde. Derzeit prüfen die Bundesbehörden etwa vierhundert solche Fälle; unlängst wurden zwei krasse Fälle aus der Zentralschweiz in der Presse publik. Beide gehen auf die Erleichterte Einbürgerung von Ehepartnern von Schweizerinnen und Schweizern zurück. Der Bundesrat stand dem Anliegen positiv gegenüber; und so entschied der Nationalrat in der Sommersession gegen den Willen der Ratslinken, die Frist auf acht Jahre auszudehnen. Zudem steht in Zukunft die Verjährungsfrist während eines Beschwerdeverfahrens still.

Alljährlich in der Sommersession beschäftigt sich das Parlament mit dem Geschäftsbericht des Bundesrates. Das Ganze wird in der Geschäftsprüfungskommission vorbereitet. Dort erteilen alle Bundesräte und die Bundeskanzlerin je während zwei bis drei Stunden Antworten auf Fragen über die Regierungstätigkeit und die Arbeit ihrer Departemente. Als Präsident der GPK-Subkommission für das EDA und das VBS und als Fraktionssprecher der CVP betraf mich dieses Geschäft in doppelter Hinsicht. Zusammen mit dem Präsidenten der stände-

rätlichen Subkommission, Ständerat Peter Briner (FDP / SH), leitete ich die Gespräche mit Bundesrätin Calmy-Rey und Bundesrat Maurer. In der Ratsdebatte äusserte ich mich kritisch zur Herausgabe der UBS-Bankdaten an die amerikanischen Behörden, welche bekanntlich zur teilweisen Preisgabe des Schweizer Bankgeheimnisses führte. Diese Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen. Das Bundesverwaltungsgericht prüft zur Zeit die verfassungsmässige Rechtmässigkeit des Vorgehens. Und das Parlament hat über die GPK eine Arbeitsgruppe, bestehend aus je sechs National- und Ständeräten eingesetzt, welche das Handeln der Bundesbehörden vis a vis UBS und Finanzmarktkrise als Ganzes zu überprüfen hat. Diese Arbeit ist zeitaufwändig, aber äusserst interessant.

Bundesratswahlen

Die Absicht von Bundesrat Pascal Couchepin, noch in diesem Jahr zurückzutreten, war schon seit Wochen oder Monaten absehbar. Dass der Zeitpunkt seines Rücktrittes in die Sommersession fallen würde, wurde im Vorfeld allerdings nur von ein paar Insidern ernsthaft in Erwägung gezogen. Dieser Fall trat dann tatsächlich ein. Die Parteien und ihre Exponenten sorgen seither für Gesprächsstoff, die Presse hat ihr Sommerloch vorzeitig gestopft: „Couchepin sei Dank“, so der Titel eines lesenswerten Kommentars von Eva Novak in der NLZ am 14. Juni.

Die Ausgangslage präsentiert sich in der Tat spannend. Seit der Wahl von Frau Widmer-Schlumpf in den Bundesrat und der Gründung der BDP ist die Verteilung der sieben Bundesratssitze auf die Parteien - konkordanz-arithmetisch betrachtet - aus dem Lot. Rein rechnerisch hätte die SVP als stärkste Partei Anspruch auf den vakanten Sitz. Ob sie antritt, ist allerdings noch ungewiss. Anspruch angemeldet hat logischerweise die FDP. Sie will den Sitz von Herrn Couchepin mit einem Welschen verteidigen. Ebenfalls schon lange in Position sind die Grünen. Auch sie werden aller Voraussicht nach mit einer Westschweizer Kandidatur kommen. Dass die CVP antritt, war seit langem angekündigt. Die Abwahl von Frau Bundesrätin Ruth Metzler im Jahre 2003, damals mitgetragen durch die FDP, zeitigt nun ihre parteipolitischen Spätfolgen. Bleibt die SP. Ihr kommt dieses Mal die Rolle des Züngleins an der Waage zu. Sie versucht, das Feld für die Wiederbesetzung ihrer beiden Sitze zu pflügen, welches nach dem absehbaren Rücktritt der Bundesräte Leuenberger und Calmy-Rey dann brach liegt; in der heutigen Parteienkonstellation ein taktisch nicht ganz einfaches Unterfangen....

Für Spannung ist also gesorgt. Wenn am Mittwoch, 16. September um 8 Uhr die Vereinigte Bundesversammlung zur Wahl zusammentritt, wird es aller Voraussicht mehrere Wahlgänge brauchen, um die Landesregierung zu komplettieren. Dabei darf - bei aller parteipolitischen Taktiererei - die Qualität der neuen Person nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

Bundesrat Pascal Couchepin

Noch ein Wort zu Bundesrat Pascal Couchepin: Er war ja nun wirklich nicht das Lieblingskind der Eidgenossen. Aber, das hat er auch nie sein wollen. In der Sachpolitik, zuerst als Agrarminister, vor allem aber als Verantwortlicher für das Gesundheitswesen, hatte er nicht immer eine glückliche Hand. Er hat zu viel den Konflikt als den Konsens gesucht. Nur, seine Nachfolgerin im Volkswirtschaftsdepartement wird zur Zeit mindestens so hart kritisiert wie er es damals auch wurde. Und, sein Nachfolger muss erst noch den Beweis antreten, dass im Gesundheitswesen einschneidende Reformen mehrheitsfähig sind. Ohne Schmerzen - im wahrsten Sinn des Wortes - wird es dort nicht gehen.

Eines darf man aber Pascal Couchepin vorbehaltslos attestieren. So wenig er in entscheidenden Sachfragen den Konsens gesucht und ihn folglich auch nicht gefunden und erreicht hat, so viel hat er den Zusammenhalt der Schweiz in ihrer kulturellen, konfessionellen und regionalen Vielfalt nicht nur gesucht, sondern persönlich vorgelebt. Und gerade deshalb wird er, entgegen den Behauptungen seiner Gegner, durchaus verdient als Staatsmann in die Geschichte der Eidgenossenschaft eingehen.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos